

„Der Impuls kommt zu spät“

Wirtschaftsprofessor Landmann über das **KONJUNKTURPROGRAMM II** der Bundesregierung

Nicht nachhaltig, Wundertüte ohne Wunder, falsche Schwerpunkte – die Kritik am Konjunkturprogramm II der Bundesregierung fällt scharf aus. Oliver Landmann, Volkswirtschaftsprofessor an der Uni Freiburg, stimmt in den Kanon der Kritik nicht mit ein. Der größte Fehler sei gewesen, sagt Landmann, dass das Programm so spät kommt.



Der härteste Rückschlag für die Wirtschaft stehe jetzt an, sagt Oliver Landmann.

FOTO: INGO SCHNEIDER

Herr Landmann, die Bundesregierung will mit weiteren 50 Milliarden Euro die Folgen der Krise abmildern. Was sagt der Wirtschaftstheoretiker dazu?

Erfreulich, dass die große Koalition die Kurve noch gekriegt hat. Das ist eine gute Nachricht.

Noch im vergangenen Jahr wurden Konjunkturpakete nur von Gewerkschaften gefordert. Wie kam's zum Umdenken?

Die Finanzkrise verwandelt sich sehr rasch und in ungeahntem Ausmaß in eine tiefe Wirtschaftskrise. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich geworden.

Halten Sie alle Einzelmaßnahmen des Pakets für sinnvoll?

Über Einzelheiten kann man immer streiten, aber zunächst ist einfach erfreulich, dass dieses Paket gekommen ist. Es ist notwendig. Wir sind nur etwas spät dran: Noch im Dezember hat der deutsche Finanzminister die Engländer wegen ihres Konjunkturprogramms als „krasse Keynesianer“ beschimpft. Jetzt zieht Deutschland nach – wenn auch handwerklich nicht ganz so geschickt wie die Engländer.

Was ist handwerklich schlecht?

In erster Linie wirken die Maßnahmen zu langsam. Schon vor Weihnachten war der Handlungsbedarf gegeben. Nun wer-

den wesentliche Teile des Konjunkturpakets erst Mitte des Jahres wirksam. Die Rezession erfasst die Wirtschaft aber schon im ersten Halbjahr mit voller Härte. Das Land hätte den Impuls früher brauchen können.

Die Politik sagt selbst, sie setze hauptsächlich auf den psychologischen Effekt. Reicht das?

Wenn man so viel Geld in die Hand nimmt, sollte man schon

schauen, dass möglichst viel Wirkung für jeden eingesetzten Euro herauspringt, und sich nicht auf die Psychologie verlassen. Daher ist es schade, dass auch Geld für Dinge ausgegeben wird, die nicht so viel bringen.

An was denken Sie?

Zum Beispiel an die Kinderprämie: eine schöne Geste für die Kinder, aber konjunkturpolitisch wenig ergiebig.

Die Entlastungen für die Familien fallen eher bescheiden aus.

Modellrechnungen des Finanzministeriums für eine Familie mit mittlerem Einkommen und zwei Kindern besagen, dass die Konjunkturpakete I und II in den Jahren 2009 und 2010 je rund 600 Euro Entlastung bringen. Das ist nicht gigantisch. Aber es ist auch nur ein Teil des Pakets. Das Geld, das die Regierung selbst für Investitionen ausgibt, wird direkter wirken.

Der Schuldenberg in Berlin wächst durch das Programm rasant weiter: Zahlen wir letztendlich dafür nicht mehr Zinsen, als es jetzt der Wirtschaft nutzt?

In der jetzigen Situation muss

man Prioritäten setzen und das heißt: der Wirtschaft helfen. Die Ausgangslage ist eigentlich nicht schlecht: Die Bundesregierung war auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt. Beunruhigend ist allerdings, dass es keine zuverlässige Perspektive für eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nach Überwindung der jetzigen Krise gibt.

Das ist nicht einmal 2008 gelungen, als die Steuereinnahmen wie nie zuvor sprudelten.

Das Problem ist: Ein Konjunkturstimulus sollte etwas Vorübergehendes sein. Das Konjunkturpaket beinhaltet aber auch strukturelle Entlastungen bei Grundfreibetrag, Eingangssteuersatz und Krankenversicherungsbeiträgen. Es wird der Politik sehr schwerfallen, diese Dinge später zurückzunehmen.

Was sagen Sie zur überraschenden Rückkehr des Keynesianismus?

Überraschend ist für mich nur, dass es auf einmal einen so großen Konsens für keynesianische Politik gibt. Vor einem Jahr wäre dies nicht vorstellbar gewesen.

**DAS GESPRÄCH FÜHRTE
KLAUS RIEXINGER**

FAKTEN

Keynesianismus

Keynesianismus bezeichnet eine von dem britischen Nationalökonom John Maynard Keynes entwickelte Theorie, die nicht davon ausgeht, dass die Selbstregulierung des Marktes für Vollbeschäftigung sorgt. Durch ein antizyklisches Verhalten des Staates – kreditfinanzierte Ausgabenerhöhung bei schwacher privatwirtschaftlicher Nachfrage und durch Ausgabensenkung bei Übernachfrage – soll der Staat wirtschaftspolitische Verpflichtung übernehmen. **DS**